



Amtliche Information der Marktgemeinde Großarl

Infrastruktur-Bereitstellungsbeitrag gem. § 77b ROG 2009

Ab 1. Jänner 2023 sind bestimmte unbefristete unverbaute Baugrundstücke mit einem Flächenausmaß von mehr 500 m² nach Maßgabe der nachstehend zitierten Bestimmung Gegenstand eines Infrastruktur-Bereitstellungsbeitrages. Unbefristete Baugrundstücke sind jene, die vor dem 1.1.2018 als Bauland gewidmet wurden – Baulandgrundstücke, welche nach 1.1.2018 gewidmet wurden, sind von dieser Abgabe nicht betroffen.

Es besteht erstmals für das Jahr 2023 eine Abgabepflicht. Die Abgabe wird nach vorausgehender Selbsterklärung durch die Grundeigentümer erstmals im Jahr 2024 von den Gemeinden eingehoben. Die Abgabenerklärung für das Jahr 2023 ist bis 15. Mai 2024 einzureichen.

Das Gesetz verpflichtet die Gemeinden vor 2023 alle Gemeindebürger über die künftige Abgabe in Kenntnis zu setzen. Die Abgabenverpflichteten werden bis Herbst 2023 über weitere Details durch die Gemeinde informiert.

Gesetzliche Grundlage:

§ 77b ROG 2009 in der Fassung der Novelle LGBl 103/2022

(1) Die Gemeinden erheben einen Infrastruktur-Bereitstellungsbeitrag als ausschließliche Gemeindeabgabe. Abgabenbehörde ist der Bürgermeister.

(2) Gegenstand der Abgabe sind unbefristete unverbaute Baulandgrundstücke, die ab dem 1. Jänner 2018 seit mehr als fünf Jahren als Bauland der Widmungskategorien gemäß § 30 Abs 1 Z 1 bis 5 und 9 ausgewiesen sind. In die Fünfjahresfrist sind nicht einzurechnen:

1. Zeiten von Bausperren,
2. Zeiten von Kennzeichnungen des Baulandgrundstücks als Aufschließungsgebiet, Aufschließungszone oder Vorbehaltsfläche,
3. Zeiten der Geltung einer Vereinbarung gemäß § 18 (oder einer Vorgängerbestimmung) für das betreffende Baulandgrundstück mit noch nicht abgelaufenen Leistungsfristen über dessen Bebauung oder Überlassung an Dritte,
4. Zeiten, in denen eine Bebauung wegen Fehlens eines Bebauungsplanes unmöglich war.

(3) Abgabeschuldner sind die Eigentümer der Baulandgrundstücke gemäß Abs 2, im Fall eines Baurechts jedoch die Baurechtsberechtigten. Von der Abgabe befreit sind Gemeinden im Fall von eigenen Baulandgrundstücken im Gemeindegebiet und die Baulandsicherungsgesellschaft mbH (§ 77) sowie Grundeigentümer, die schriftlich um eine entschädigungslose Rückwidmung ihrer Grundstücke in Grünland angesucht haben.

(4) Bemessungsgrundlagen sind

1. das Flächenausmaß des Baulandgrundstücks und
2. die Anzahl der vollen Monate im Kalenderjahr, in denen mit einer der Widmung entsprechenden Bebauung noch nicht begonnen worden ist.

Vom *Flächenausmaß* gemäß der Z 1 ist in den ersten 15 Jahren der Widmung des Grundstücks als Bauland, und zwar ab 1. Jänner 2018, das *Flächenausmaß* für den Eigenbedarf der Grundeigentümer (§ 5 Z 2) abzuziehen. In die Fünfzehnjahresfrist sind die Zeiten gemäß Abs 2 Z 1 bis 4 nicht einzurechnen.

(5) Der Abgabensatz für ein volles Kalenderjahr beträgt:

Flächenausmaß (Differenz nach Abs 4 vorletzter Satz)			Abgabenhöhe in €			
			Tarif 1	Tarif 2	Tarif 3	Tarif 4
Bis	500 m ²	-	-	-	-	
501 m ²	Bis 1.000 m ²	1.400	1.260	1.120	860	
1.001 m ²	Bis 1.700 m ²	2.800	2.520	2.240	1.720	
1.701 m ²	Bis 2.400 m ²	4.200	3.780	3.360	2.580	
2.401 m ²	Bis 3.100 m ²	5.600	5.040	4.480	3.440	
je weitere angefangene 700 m ²		+ 1.400	+ 1.260	+ 1.120	+ 860	

Dabei gilt:

1. der Tarif 1 für Baulandgrundstücke in der Stadt Salzburg;
2. der Tarif 2 für Baulandgrundstücke in den Stadtgemeinden Bischofshofen, Hallein, Oberndorf, Neumarkt am Wallersee, Saalfelden am Steinernen Meer, Seekirchen am Wallersee, St. Johann im Pongau und Zell am See sowie in den an die Stadtgemeinde Salzburg unmittelbar angrenzenden Gemeinden;
3. der Tarif 3 für Baulandgrundstücke in den sonstigen Gemeinden des Flachgaus und Tennengaus;
4. der Tarif 4 für Baulandgrundstücke in den sonstigen Gemeinden des Pinzgaus, Pongaus und Lungaus.

(6) Der Abgabensatz entsteht mit Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres. Die **Abgabeschuldner haben bei der Abgabenbehörde für jedes Kalenderjahr bis zum 15. Mai des Folgejahres eine Abgabenerklärung einzureichen.** Über diese Verpflichtung sind die Gemeindebürger von der Abgabenbehörde vor Beginn des Jahres 2023 zu informieren.

(7) Der Abgabenertrag fließt der Gemeinde zu. Er ist für Zwecke der aktiven Bodenpolitik der Gemeinde sowie zur Erhaltung, Erweiterung und Verbesserung von Infrastruktureinrichtungen zu verwenden.

Für die Marktgemeinde Großarl

Der Bürgermeister

Johann Rohrmoser

Kundgemacht am 02.12.2022